

# Internetshopping ist hip

**Versandhandel.** Onlineversender boomen, der klassische Katalogversandhandel dagegen kann sich oft nur noch in Nischen behaupten. Otto, Amazon, Zalando und Co. setzten im vergangenen Jahr hierzulande 34 Milliarden Euro um – das waren 8 Prozent des gesamten deutschen Einzelhandelsumsatzes.

Der Versandhandel ist keine Erfindung der jüngsten Zeit. Schon in den 1960er Jahren kamen die traditionellen Katalogversender auf einen Umsatzanteil von 5 Prozent. Damals waren die Einkaufsmöglichkeiten auf dem Land schlecht und viele Menschen hatten kein Auto. Mit der Motorisierung und dem

Ausbau des Straßennetzes stagnierte der Versandhandel allerdings.

Erst das Internet hat dieser Vertriebsform neues Leben eingehaucht. Inzwischen dürften rund 35 Millionen Deutsche per Mausclick einkaufen (Grafik):

**Der Onlinehandel machte 2011 mit einem Umsatz von 21,7 Milliarden**

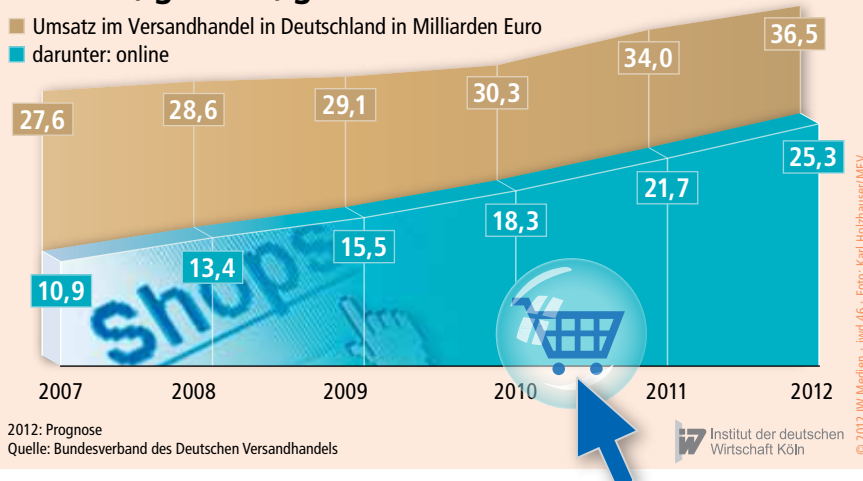
**Euro bereits 64 Prozent des gesamten Versandhandels in Deutschland aus.**

Gekauft wird – per Web wie Katalog – vor allem Kleidung, andere Artikel fallen schon deutlich ab (Grafik Seite 2). Generell sind der Einkaufsfantasie im Netz jedoch keine Grenzen gesetzt. Die Palette der Online-Angebote reicht von der wöchentlich gelieferten Bio-Gemüsebox bis hin zum Fertighaus.

Quelle und Neckermann, die Dinos des Kataloggeschäfts, haben anfangs die Onlinekonkurrenz unterschätzt, zumal Amazon und Co. zunächst nur bestimmte Produktgruppen wie Bücher im Sortiment hatten. Als die Onlinehändler auch Textilien und Technik anboten, ging es mit den Katalogversendern rasch bergab, auch wenn sie sich mit einem eigenen Webauftritt noch zu retten versuchten.

Der Spagat aus Katalog- und Internetgeschäft führte jedoch zu kostspieligen Doppelstrukturen, denn man wollte auf die ältere Kundenschaft, die oft kein Internet hatte, nicht verzichten. Von den über →

## Geklickt, gekauft, geschickt



## Inhalt

**Tariftreue.** Oft muss bei öffentlichen Aufträgen nach Tarifvertrag gezahlt oder ein Mindestlohn eingehalten werden.  
Seite 3

**Erzbergbau.** Die großen Metallvorräte im Erzgebirge werden vielleicht bald wieder abgebaut.  
Seite 4

**Maklerprovision.** Der Stadtstaat Hamburg möchte die Bezahlung von Maklergebühren neu regeln.  
Seite 5

**Staatsverschuldung.** Ein höheres Wirtschaftswachstum könnte das Schuldenproblem lösen helfen.  
Seite 6

**Bestattungsindustrie.** In Deutschland werden immer mehr Tote eingäschert und anonym beerdigt.  
Seite 7

**Internet.** Das vom IW Köln erstellte neue Statistikportal deutschlandinzahlen.de bietet den Usern viel Service.  
Seite 8

**Institut der deutschen Wirtschaft Köln**

Präsident:  
Dr. Eckart John von Freyend  
Direktor:  
Professor Dr. Michael Hüther  
Mitglieder:  
Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ 60-Jährigen nutzen 55 Prozent auch heute noch Kataloge für den Einkauf im Versandhandel – von den unter 50-Jährigen suchen und ordern dagegen etwa zwei Drittel auf der Homepage des Anbieters. Doch je älter die Kunden werden, desto weniger kaufen sie in der Regel, und jüngere Kunden finden Onlinehändler cooler. In der Folge mussten Quelle 2009 und Neckermann in diesem Jahr Insolvenz anmelden.

Von den Ikonen des Versandhandels hat nur eine die Wende geschafft – Otto. Die Hamburger sind den Kundenbedürfnissen gefolgt und frühzeitig in den Onlinehandel eingestiegen – mit Erfolg: Im Geschäftsjahr 2011/2012 setzte die Otto-Gruppe 10 Milliarden Euro im Versandhandel um, davon 53 Prozent über Onlinebestellungen. Zum Vergleich:

**Der Umsatz von Amazon, dem globalen Marktführer im Onlinehandel, betrug 2011 weltweit 34,6 Milliarden Euro.**

Ausruhen können sich die Onlineversender trotz der Marktberingung nicht: Amazon beispielsweise steigerte im dritten Quartal 2012 zwar seinen Umsatz im Vergleich zum Vorjahr um 27 Prozent auf über 13 Milliarden Dollar – erwirtschaftete aber gleichzeitig einen Verlust von 274 Millionen Dollar.

Zu schaffen machen dem Platzhirsch nicht nur die geringen Gewinnmargen im Versandhandel. Auch Newcomer wie Zalando rollen den Markt auf und ziehen einen Teil des Geschäfts an sich. Der Berliner Versender mit dem jugendlichen Image beschäftigt nur vier Jahre nach Gründung schon mehr als

2.500 Mitarbeiter und baut in Erfurt gerade ein neues Logistikzentrum.

Das Wachstum der Internetanbieter wiederum kommt dem Logistiksektor zugute, denn die beiden wichtigsten Voraussetzungen für das Funktionieren des Versandhandels sind automatisierte Großlager an verkehrsgünstigen Standorten und eine zügige Lieferung per Lkw in jeden Winkel des Landes. Weil Deutschland mitten in Europa und damit an den Kreuzungspunkten wichtiger Handelsrouten liegt, gilt es weltweit als Logistikstandort Nummer eins.

## Typen des Versandhandels

**Hersteller-Versender.** Die Direktvermarktung wird für viele Unternehmen als zusätzlicher Vertriebskanal immer wichtiger.

**Internet-Pure-Player.** Die reinen Internetanbieter hatten zuletzt die größten Steigerungsraten im Handel; weltgrößtes Versandhandelshaus dieser Art ist Amazon.

**Teleshopping-Versender.** Sie sprechen tagsüber eher Hausfrauen und älteres Publikum auf TV-Verkaufskanälen an.

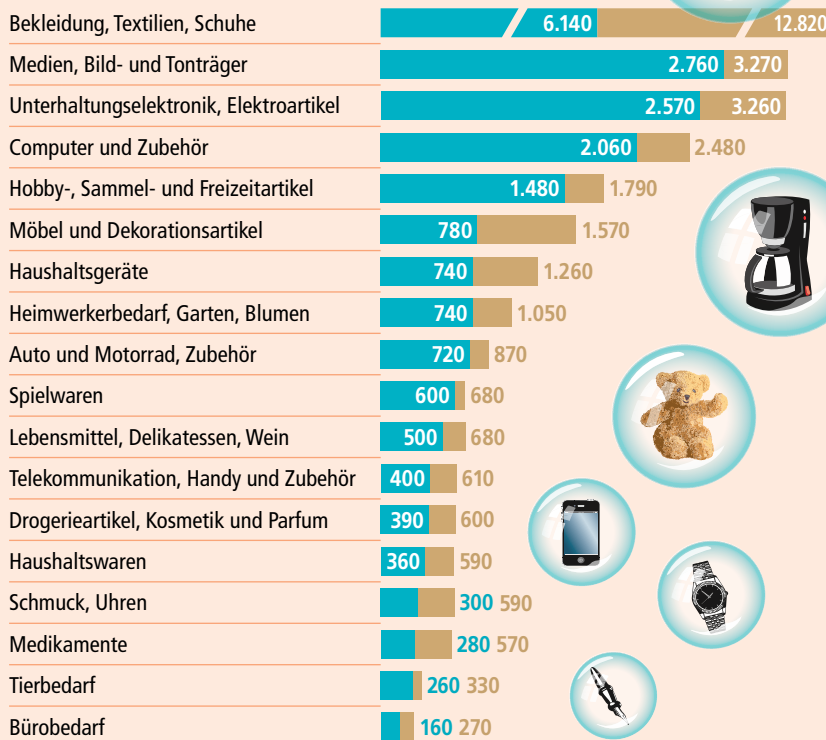
**eBay-Powerseller.** Sie nutzen eBay für Verkäufe größeren Stils; eine Verkaufsförm, die auf dem Erfolg des eBay-Auktionsmodells im Internet aufbaut.

**Apotheken-Versender.** DocMorris und Co. haben gegen den Widerstand der „klassischen“ Apotheker den Apotheken-Versandhandel in Deutschland etabliert. Es gelten besondere Bedingungen bzw. Einschränkungen aufgrund der Rezept- bzw. Apothekenpflicht der Ware.

**Multi-Channel-Versender.** Sie nutzen verschiedene Kanäle; ein klassisches Beispiel ist das Unternehmen Otto, in dem inzwischen mehr als die Hälfte der Verkäufe auf das Internet entfällt, aber eben auch noch fast die Hälfte auf das Katalogsegment.

## Pumps per Post

■ Umsatz mit im Versandhandel bestellten Waren 2011 in Millionen Euro  
■ darunter: online



# Strittiges Vergabekriterium

**Tariftreue.** Einige Landesregierungen machen die Vergabe öffentlicher Aufträge davon abhängig, dass nach Tarifvertrag gezahlt oder ein Mindestlohn eingehalten wird. Doch solche Vorschriften schaden oft.

Wer einen öffentlichen Auftrag an Land ziehen will, muss fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig sein. Viele Landesregierungen ziehen aber noch ein ganz anderes Vergabekriterium heran: die Tariftreue (Grafik).

Dabei unterscheiden sich die einzelnen Regelungen je nach Bundesland erheblich. Hessen etwa hat sein Gesetz zur Tariftreue bislang noch nie angewendet. Nordrhein-Westfalen dagegen verlangt seit Frühjahr 2012 Tariftreue für den Verkehrssektor sowie für alle Branchen, die tarifliche Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz zahlen müssen. Zudem müssen Firmen, die Zeitarbeiter einsetzen, diese genauso entlohnen wie die regulär Beschäftigten, die dasselbe machen (Equal Pay). Außerdem gilt ein Mindestlohn von 8,62 Euro je Stunde.

Auch andere Bundesländer pochen auf die Einhaltung von Mindestlöhnen; meist liegen diese zwischen 8,00 Euro und 8,50 Euro.

Das Motiv hinter diesen Vorschriften: Mindestlöhne und Tariftreue sollen für faire Wettbewerbsbedingungen sorgen. Doch der Preis dafür ist hoch. So zahlen viele Großküchen, die Schulen mit Essen versorgen, ihren angelernten Kräften weniger als den Mindestlohn. Müssten die Küchen die Löhne anheben, können sie die höheren Kosten nicht an die Kommunen weiter-

## Wo sich Firmen an den Tarif halten müssen

**Tariftreue** ► Die Tariftreuregelung besagt, dass öffentliche Aufträge nur an jene Firmen gehen, die nach Tarif bezahlen und gegebenenfalls weitere tarifvertraglich geregelte Rahmenbedingungen einhalten. Zudem müssen in manchen Bundesländern Mindestlöhne eingehalten werden.

Bundesland	Regelung oder Novellierung durch die Landesregierung geplant		Mindestlohn in Euro
	Tariftreue-regelung	Regelung oder Novellierung durch die Landesregierung geplant	
Baden-Württemberg	■ ja	■ ja	
Bayern	■ ja	■ ja	
Berlin	■ ja	■ ja	8,50
Brandenburg	■ ja	■ ja	8,00
Bremen	■ ja	■ ja	8,50
Hamburg	■ ja	■ ja	8,50 (geplant)
Hessen	■ ja	■ ja	
Mecklenburg-Vorpommern	■ ja	■ ja	8,50
Niedersachsen	■ ja	■ ja	
Nordrhein-Westfalen	■ ja	■ ja	8,62
Rheinland-Pfalz	■ ja	■ ja	8,50
Saarland	■ ja	■ ja	8,50 (geplant)
Sachsen	■ ja	■ ja	
Sachsen-Anhalt	■ ja	■ ja	
Schleswig-Holstein	■ ja	■ ja	8,88 (geplant)
Thüringen	■ ja	■ ja	

Ursprungsdaten: Tarifarchiv der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Ind 46

reichen, weil diese die Zuschüsse für Schulkantinen seit Jahren kürzen. Der einzige Ausweg wäre, beim Wareneinsatz zu sparen – oft zulasten der Essensqualität. Das aber kann nicht im Sinne des Gesetzgebers sein.

Tariftreuregelungen, die Mindestlöhne von 8,50 Euro je Stunde vorschreiben, sowie das strikte Equal Pay in der Zeitarbeit behindern zudem die Entstehung eines Niedriglohnsektors. Doch gerade der ist für Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose ein wertvolles Sprungbrett in den Arbeitsmarkt.

Immerhin muss die Auftragssumme in der Regel eine bestimmte Schwelle überschreiten, damit die Tariftreuepflicht überhaupt greift:

**Berlin hat mit 500 Euro einen sehr niedrigen Schwellenwert, während in**

**NRW beispielsweise erst Aufträge ab 20.000 Euro betroffen sind.**

Auch gilt die Tariftreuepflicht nicht immer für alle Branchen.

All diese Stellschrauben bestimmen letztlich die ökonomischen Folgen: Das können höhere Preise und Gebühren für öffentliche Güter und Dienstleistungen sein oder aber weniger Stellen für Geringqualifizierte.

Damit die Tariftreuregelungen nicht zu großen Schaden anrichten, wären deutlich niedrigere Mindestlöhne oder deutlich höhere Schwellenwerte hilfreich. In der Zeitarbeit könnte sich die Bezahlung zudem an den vereinbarten Branchenzuschlägen in der Privatwirtschaft orientieren – denn diese lassen immer noch eine Differenzierung zwischen Zeitarbeitern und Stammbeschäftigten zu.

# Bergbau in Deutschland lohnt wieder

**Erzbergbau.** Auch wenn es eine lange Tradition des Erzbergbaus gibt – heute ist Deutschland vollständig auf Metallimporte angewiesen. Dabei gibt es insbesondere im Erzgebirge noch große Vorräte, die vielleicht bald wieder abgebaut werden können.

Obwohl viele Mineralien und Energierohstoffe wie Braunkohle im Inland gefördert werden, gilt die Bundesrepublik als rohstoffarmes Land. Wenn es um Metalle geht, ist der Befund allerdings richtig. Nahezu alle Erze müssen importiert werden. Dabei war der Erzbergbau in Deutschland lange Zeit ein wichtiger Wirtschaftszweig. Die Stahlindustrie an der Ruhr basierte auf den Rohstoffvorkommen vor Ort. Denn Bodenschätze konnten früher kaum zu vernünftigen Kosten über weite Strecken transportiert werden. Sie bildeten die Basis für eine wachsende Industrie, die ihre Produkte in alle Welt verkaufte.

In Sachsen hat sich der Bergbau sogar im Namen einer Landschaft verewigt. Das Erzgebirge trägt sei-

nen Namen seit dem 16. Jahrhundert aufgrund von Metallfunden in den vorangegangenen Jahrzehnten: Bereits im 12. Jahrhundert wurde in dieser Region Silber abgebaut.

Das Schürfen von Metallerzen ist in Deutschland spätestens seit der Wiedervereinigung praktisch zum Erliegen gekommen. In der DDR wurden noch zahlreiche Bergwerke betrieben, da man keine Devisen hatte, um sich auf den Weltmärkten einzudecken. Anfang der 1990er Jahre erwiesen sich die Abbaustätten aber als unwirtschaftlich und wurden geschlossen.

Inzwischen sind die Metallpreise jedoch so stark gestiegen, dass sich der Erzbergbau in Deutschland wieder lohnen könnte. Vor allem in den vergangenen Jahren kam es zu einer wahren Preisralley.

**Zinn etwa kostet heute 150 Prozent mehr als zu Zeiten der Wiedervereinigung, Kupfer doppelt so viel.**

Umfassende Probebohrungen noch zu DDR-Zeiten lassen darauf schließen, dass Sachsen über stattliche Erzvorkommen verfügt. Je

nach Metall decken sie mehr als die gesamte Weltproduktion eines Jahres (Grafik):

**Zinn.** Die sicheren Vorräte an Zinn sind in Sachsen etwa doppelt so hoch wie die weltweite Produktion von Zinn im Jahr 2011. Inklusive weiterer möglicher Vorkommen sind es sogar mehr als 300 Prozent.

**Lithium.** Der Stoff für die Batterietechnik ist in Sachsen so reichhaltig vorhanden, dass die nachgewiesenen Vorräte 124 Prozent der Weltjahresproduktion ausmachen. Einschließlich der vermuteten Lager sind es 144 Prozent.

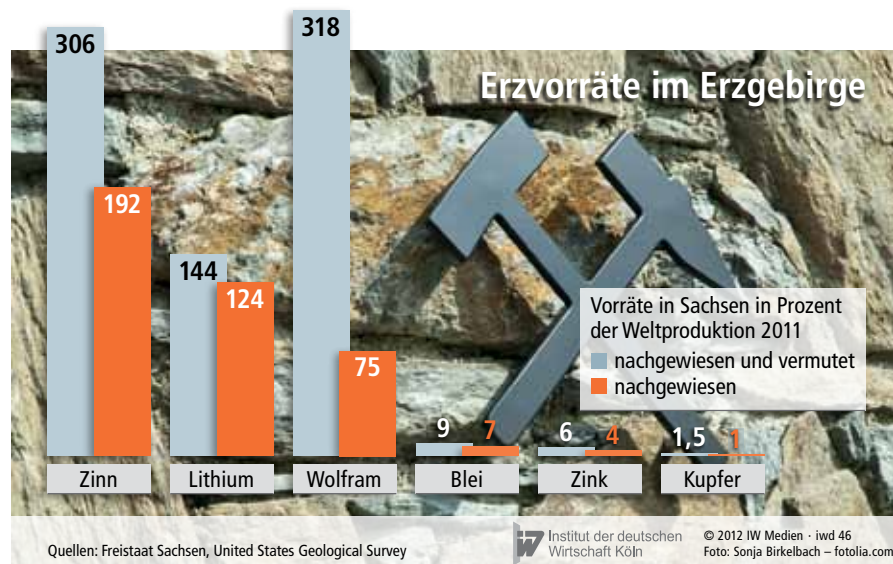
**Wolfram.** Die sächsischen Wolframvorräte – man benötigt das Metall z. B. für den Bau von Flugzeugturbinen – würden für drei Viertel der internationalen Jahresproduktion ausreichen. Zählt man mögliche weitere Vorkommen hinzu, kommt man sogar auf 318 Prozent.

**Blei.** Die hiesigen Vorräte belaufen sich auf 7 bis 9 Prozent der jährlichen globalen Bleierzeugung.

**Zink.** Immerhin 4 bis 6 Prozent der Jahresproduktion könnten mit Zink aus Sachsen gedeckt werden.

**Kupfer.** Die Kupfervorräte machen 1 bis 1,5 Prozent der Weltjahresproduktion aus.

Gerade die relativ bescheidenen Vorkommen an Blei, Zink und Kupfer verdeutlichen jedoch ebenfalls, dass – sofern der Erzbergbau in Sachsen überhaupt wieder in Gang kommt – Deutschland nicht unabhängig von Importen werden wird und auch in Zukunft auf einen funktionierenden Weltmarkt und eine sichere internationale Versorgung angewiesen ist.



# Vermittlungsqualität ist wichtiger

**Maklerprovision.** Der Stadtstaat Hamburg möchte die Bezahlung von Maklergebühren neu regeln. Künftig sollen bei Mietwohnungen die Vermieter die Courtage bezahlen.

Wer ein Haus oder eine Wohnung kauft oder mietet, muss – sofern ein Makler eingeschaltet ist – an diesen eine Provision zahlen. Bei Immobilienkäufen ist die Gebühr meist an die ortsüblichen Sätze angelehnt und wird entweder zwischen Verkäufer und Käufer aufgeteilt oder ist Verhandlungssache (Grafik):

**In Berlin und Brandenburg müssen die Käufer mit 7,14 Prozent die höchsten Sätze aufbringen, gefolgt von Hamburg mit 6,25 Prozent.**

Bei Vermietungen sieht das anders aus – hier ist die Maklergebühr gesetzlich auf maximal zwei Monatsmieten zuzüglich Umsatzsteuer beschränkt. Ob Vermieter oder Mieter die Gebühr entrichten, ist nicht geregelt.

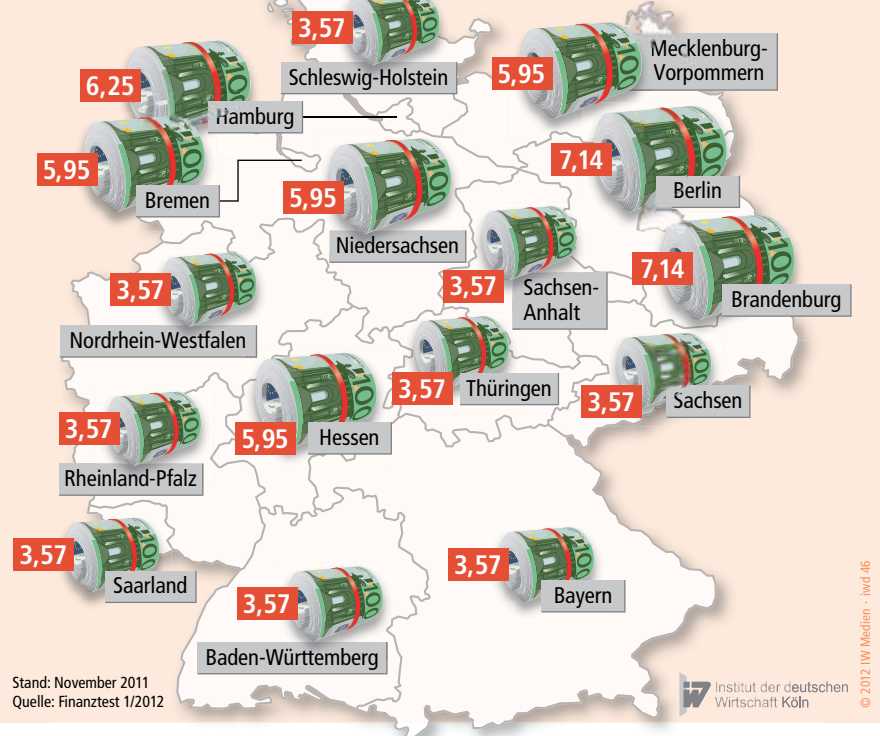
Hamburg schlägt jetzt vor, dass bei Vermietungen künftig die Vermieter die Provision entrichten. Der Grund dahinter sind die jüngst stark gestiegenen Mieten.

**Durch die neue Regelung will die Hansestadt die Kosten für Neuvermietungen reduzieren. Sie argumentiert: Wer den Makler bestellt, der soll ihn auch bezahlen.**

Das Problem ist allerdings, dass eine gesetzliche Regelung nur sehr wenig bringen wird. Zwar ist das sogenannte Bestellerprinzip grundsätzlich richtig und nachvollziehbar. Aber es ist nicht zu erwarten, dass sich damit sozialpolitische Ziele erreichen lassen und die Belastungen

## In Berlin zahlen Käufer am meisten

Höhe der üblichen Maklerprovision für den Käufer einer Wohnung oder eines Hauses inklusive Mehrwertsteuer in Prozent




für die Mieter sinken, zumal nur wenige Vermieter die Vermietung selbst in die Hand nehmen und dazu zum Beispiel kostenfreie Internetangebote nutzen werden. Außerdem ist gerade auf Märkten mit einer starken Nachfrage zu erwarten, dass die Kosten der Wohnungsvermittlung in die Miete eingepreist werden und die Kostensenkung quasi verpufft. Die Neuregelung der Maklergebühr wäre damit nutzlos.

Die Diskussion über die Maklerprovision lenkt von den eigentlichen Problemen ab: Wie wird eine bessere Qualität der Vermittlung gesichert? In Städten mit einem knappen Wohnungsangebot können sich die Makler ihre Kunden quasi aussuchen, was Raum für nicht fachkundige Makler bietet. Bisher kann praktisch jeder den Beruf des Maklers aus-

üben – dazu reicht die Anmeldung eines Gewerbes. Hier besteht dringender Nachbesserungsbedarf.

Nach dem Bestellerprinzip setzt die geplante Regelung nur dann die richtigen Anreize, wenn der Vermieter gegenüber dem Mieter einen Informationsvorteil in Bezug auf die Ausstattung und Qualität des Mietobjekts besitzt. Vor diesem Hintergrund hat der Vermieter ein größeres Interesse daran, die Arbeit des Maklers zu überprüfen. Viel wichtiger ist jedoch eine einheitliche fachliche Qualifizierung der Makler. Eine Möglichkeit wäre die Zertifizierung gemäß der im Jahr 2010 eingeführten, europaweit gültigen Norm DIN EN 15733. Dann müssen Makler ihre Qualifizierung nicht nur nachweisen, sie wird auch in regelmäßigen Abständen kontrolliert.

# Die Lösung heißt Wachstum

**Staatsverschuldung.** Wenn der deutsche Schuldenberg noch größer wird, gefährdet dies den wirtschaftlichen Fortschritt. Das wäre fatal, denn gerade Wachstum kann helfen, das Schuldenproblem zu lösen. 

Die Voraussetzungen, die öffentlichen Finanzen wieder auf solide Füße zu stellen, könnten derzeit kaum besser sein. Nach der jüngsten Steuerschätzung darf sich der Staat in diesem Jahr auf Rekorderinnahmen von mehr als 600 Milliarden Euro freuen (vgl. iwD 45/2012).

Trotzdem tut sich die Politik schwer, die gute Konjunktur und den damit verbundenen Steuersegen zu nutzen. Dabei wäre es wichtig, dass der Staat endlich umsteuert, um den bisherigen Trend zu immer mehr Schulden zu durchbrechen (Grafik).

**Seit der Wiedervereinigung blieb der deutsche Staatshaushalt fast immer im Minus. Die Staatsschulden kletterten bis 2010 auf die Rekordquote von fast 85 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).**

Dass der leichte Rückgang im vergangenen Jahr bereits eine nachhaltige Wende darstellt, ist zu bezweifeln. Denn das unerwartet große Plus bei den Steuereinnahmen des Jahres 2011 wird sich nicht beliebig wiederholen.

Zwar darf es dem Staat nicht grundsätzlich untersagt sein, Schulden zu machen. In schweren wirtschaftlichen Krisen etwa können auf Pump finanzierte Konjunkturprogramme für wichtige Wachstumsimpulse sorgen. Ein Beispiel hierfür sind die deutschen Konjunkturpakete, die als Reaktion auf die Finanzkrise von 2008/2009 geschnürt wurden. Sie haben das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts etwa im Jahr 2010 um 0,5 Prozentpunkte gesteigert.

Doch die Schulden, die der Staat zur Finanzierung solcher Konjunkturspritzen aufnimmt, sollten zügig zurückgezahlt werden. Nimmt stattdessen, wie es in Deutschland der Normalfall geworden ist, die Verschuldung immer weiter zu, geht dies auf Dauer zulasten des Wirtschaftswachstums. Denn der Staat entzieht der privaten Wirtschaft das Kapital, das diese für Investitionen braucht. Ohne solche Investitionen, etwa in neue Produktionsanlagen, fehlt eine wichtige Wachstumsquelle. Dieser negative Effekt wird umso stärker, je höher der Schuldenstand ist.

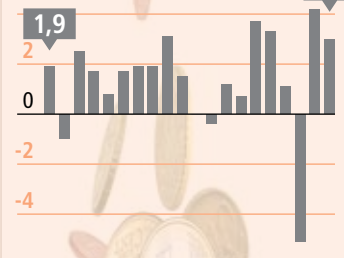
Wie aber kann die Politik den Marsch in den Schuldenstaat am besten stoppen? Die Antwort lautet: Wirtschaftswachstum! Grundsätzlich sollte der Staat dazu Ausgaben disziplin üben. Wenn er dennoch die Ausgaben steigert, müssen diese die Wachstumskräfte stärken – zum Beispiel durch eine noch intensivere Förderung der frühkindlichen Bildung oder eine marktkonformere Innovationsförderung.

Dahinter steckt folgender Zusammenhang: Je höher das Wirtschafts-

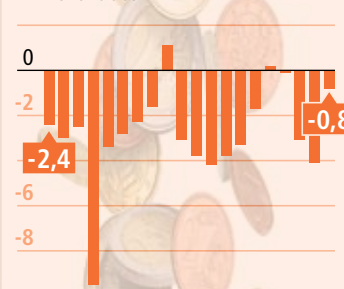
## Schuldenkurve zeigt nach oben

Deutschland

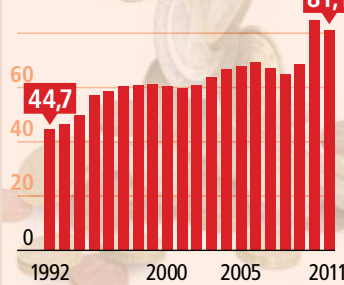
Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) gegenüber Vorjahr in Prozent



Staatlicher Finanzierungssaldo in Prozent des BIP



Schuldenstand in Prozent des BIP



Staatlicher Finanzierungssaldo: Saldo der Einnahmen und Ausgaben aller öffentlichen Haushalte; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwD 46 - Foto: K.-U. Häbeler - Fotolia.com



### IW-Studie

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): Wirtschaftswachstum?! Warum wir wachsen sollten und warum wir wachsen können, Köln 2012, 286 Seiten, 42,00 Euro

Versandkostenfreie Bestellung unter: [www.iwmedien.de/bookshop](http://www.iwmedien.de/bookshop)

wachstum ausfällt, desto geringer ist – bei gegebenem Zinsniveau – der Primärüberschuss, den der Staat erzielen muss, um Schulden abzubauen. Als Primärüberschuss wird dabei das Haushaltsplus ohne Berücksichtigung von Zinszahlungen bezeichnet. Anders gesagt: Steigen die Zinsen, muss die Politik das Wachstum stärker ankurbeln, um den Schuldenberg abtragen zu können. Und die Regierung kann nicht darauf bauen, dass das Zinsniveau so niedrig bleibt wie heute.

# Das Geschäft mit dem Tod

**Bestattungsindustrie.** In Deutschland werden immer mehr Tote eingäschert und anonym beerdigt. Der Wandel in der Bestattungskultur hat auch ökonomische Gründe.

Das Gütesiegel „made in Germany“ prangt auch auf Gegenständen, die bislang meist nur mit Blumenschmuck dekoriert wurden: auf Särgen. In Deutschland sterben jährlich rund 850.000 Menschen, die alle – egal ob zur Erd- oder Urnenbestattung – einen Sarg benötigen (Grafik). So will es das deutsche Recht.

Doch weil mittlerweile zwei von drei Särgen aus dem preiswerteren Ausland stammen, hat der Verband der Deutschen Zulieferindustrie für das Bestattungsgewerbe das Siegel für im Inland produzierte Säрге entwickelt. Dies soll den hiesigen Herstellern den Rücken stärken:

**Seit der Jahrtausendwende hat sich die Zahl der relevanten deutschen Sarghersteller von über 100 auf knapp 40 mehr als halbiert.**

Gespart wird allerdings nicht nur am Sarg. Auch für den Bestatter, den Steinmetz, die Grabstätte sowie die

Grabpflege sind immer weniger Angehörige bereit, generös Geld in die Hand zu nehmen. Im Schnitt kostet eine Bestattung in Deutschland zwischen 5.000 und 6.000 Euro, hat die Verbraucherinitiative Aeternitas berechnet – und zwar ohne Kosten für die anschließend fällige Grabpflege.

Doch es geht auch günstiger: Eine anonyme Billigbestattung gibt es bereits für knapp 1.000 Euro. Immer mehr Angehörige entscheiden sich für diese Variante – und zwar aus mehreren Gründen:

- Seitdem die gesetzlichen Krankenkassen kein Sterbegeld mehr zahlen, übernimmt immer häufiger das Sozialamt die Kosten für das Begräbnis, weil Familienmitglieder des Verstorbenen nicht genügend Geld für eine Bestattung haben:

**Im Jahr 2010 zahlten die örtlichen Sozialhilfeträger bundesweit für annähernd 23.000 Menschen die Beerdigung, 2006 war dies nur bei knapp 14.000 Toten nötig.**

- Für Angehörige, die in einer anderen Stadt oder im Ausland leben, ist es schwierig, regelmäßig Friedhofsbesuche zu absolvieren und das

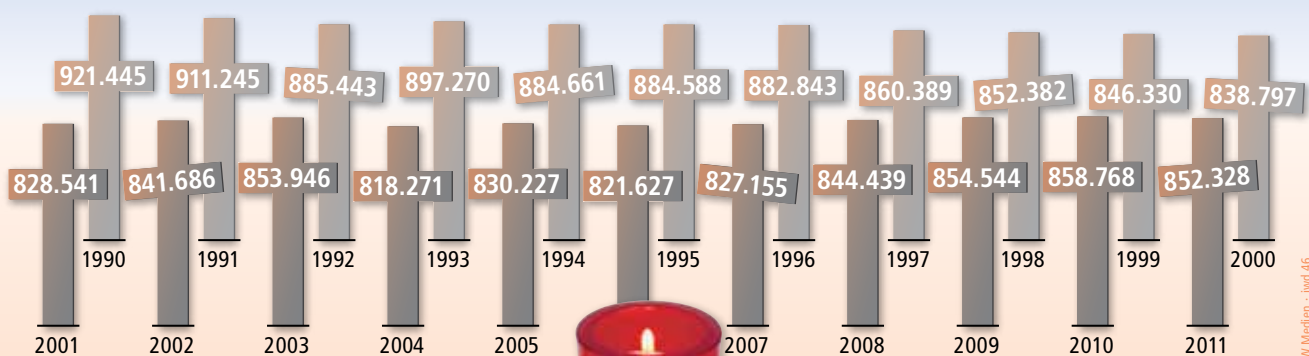
Grab zu pflegen. Auch wegen solcher gesellschaftlichen Veränderungen werden heutzutage mehr Menschen anonym oder auf See bestattet.

- Viele Menschen verzichten auf bestimmte Bestattungsrituale, weil ihnen der religiöse Bezug dazu fehlt.

All dies hat dazu geführt, dass die Zahl der Einäscherungen in Deutschland rapide zugenommen hat: Im Jahr 2011 gab es zum ersten Mal mehr Feuer- als Erdbestattungen. Einäscherungen sind trotz Sargpflicht deutlich günstiger – weil meist auf ein einfacheres Sargmodell zurückgegriffen wird und Urnengräber kleiner und somit preiswerter sind.

Die deutschen Bestatter erzielten zuletzt einen jährlichen Umsatz von 2,7 Milliarden Euro. Auf insgesamt 8 Milliarden Euro kommt man, wenn man die Kosten für die Steinmetze, die Friedhofsgebühren und die Friedhofsgärtner hinzuaddiert. Und einen Trost gibt es für die Bestatter allen Sparsamkeitsbemühungen ihrer Kunden zum Trotz: Bis zum Jahr 2050 wird die Zahl der Toten in der Bundesrepublik steigen – auf eine Million pro Jahr.

## Todesfälle in Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

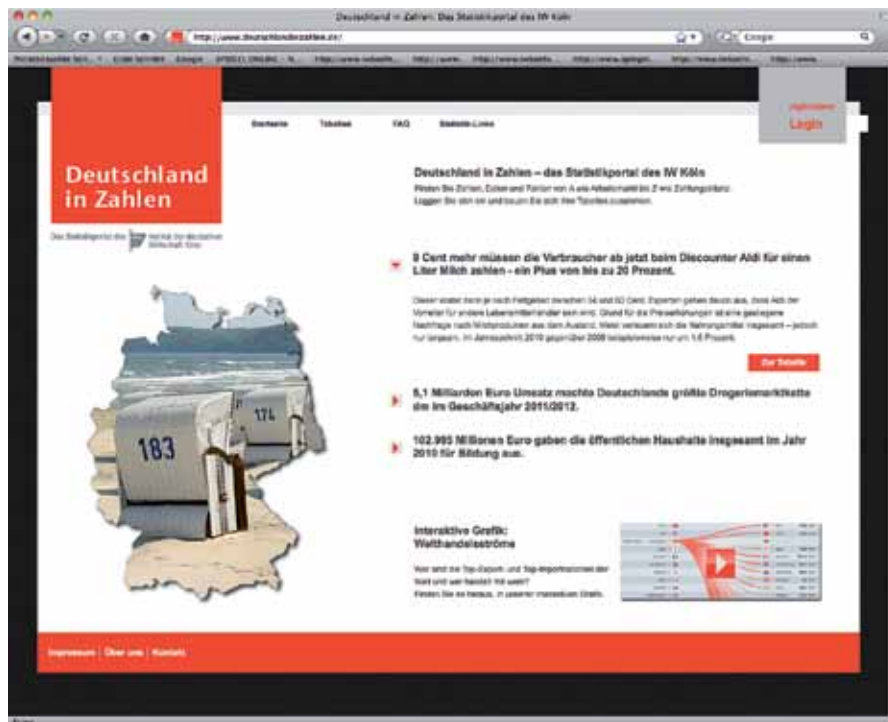
© 2012 IW Medien - Inid 46  
Foto: Nicholson Graeme/NEV

# Neues Statistikportal

**Internet.** Wie hat sich die deutsche Bevölkerung in den vergangenen Jahren entwickelt? Wie viele Ausbildungsplätze gab es 2011? Wie viele Patente wurden im vergangenen Jahr angemeldet? Antworten auf solche Fragen gibt das vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) erstellte neue Portal [deutschlandinzahlen.de](http://deutschlandinzahlen.de).

Das Statistikportal ist die elektronische Erweiterung der Printausgabe „Deutschland in Zahlen“. Das jährliche Zahlenkompendium erscheint bereits seit über 50 Jahren, die Ausgabe 2012 mit einer Auflage von mehr als 80.000 Exemplaren. Das Statistikangebot richtet sich an Studenten und Dozenten der Wirtschafts-, Sozial- und Politikwissenschaften sowie an alle ökonomisch und bildungspolitisch Interessierten.

Um den Usern noch mehr Service zu bieten, hat das IW Köln nun das Portal [www.deutschlandinzahlen.de](http://www.deutschlandinzahlen.de) gestartet:



- Die Website baut auf dem bewährten Zahlenwerk „Deutschland in Zahlen“ auf, bietet dem Nutzer aber mehr als die gedruckte Ausgabe. Alle User haben Zugriff auf die komplette lange Reihe zu einem statistischen Sachverhalt.

- Der Nutzer bestimmt selbst, was er angezeigt bekommt. Durch individuelle Suchanfragen kann er sich die gewünschten Daten zusammensetzen. Die Tabellen können um bestimmte Kriterien reduziert werden, sodass nur die gewünschten Zahlen angezeigt werden.

Der Nutzer kann die Tabellen nach individuellen Wünschen weiterverarbeiten. Er kann die Daten ausdrucken oder im Excel-Format downloaden oder die Suchabfrage in den Favoriten speichern.

Die Tabellen im Portal sind in Anlehnung an die Gliederung der Printausgabe sortiert. Es gibt drei Ebenen – Bundesländer, Deutschland und Welt. Die Themen reichen von A wie Arbeitsmarkt bis hin zu Z wie Zahlungsbilanz.

Die Startseite des Portals verbindet die Zahlen mit aktuellen News. So werden jede Woche Meldungen zu gegenwärtigen (wirtschafts-)politischen Diskussionen veröffentlicht und mit Tabellen aus dem Datenangebot verknüpft.

 Das Portal finden Sie hier: [www.deutschlandinzahlen.de](http://www.deutschlandinzahlen.de)  
Leser des iwD erhalten einen kostenlosen Zugang zum Portal unter: [iwmedien\\_kontakt@iwkoeln.de](mailto:iwmedien_kontakt@iwkoeln.de)

## Adressaufkleber

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln  
**Chefredakteur:** Axel Rhein  
**Stellv. Chefredakteur:** Klaus Schäfer (verantwortlich)  
**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf, Alexander Weber  
**Redaktionsassistentz:** Angelika Goldenberg  
**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen  
**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** [iwd@iwkoeln.de](mailto:iwd@iwkoeln.de)

Erscheinungsweise wöchentlich  
**Bezugspreis:** € 8,47/ Monat, zzgl. € 3,01 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer  
**Aboservice:** 0221 4981-443, [hartmann@iwkoeln.de](mailto:hartmann@iwkoeln.de)  
**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
**Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445  
**Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.  
Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: [lizenzen@iwkoeln.de](mailto:lizenzen@iwkoeln.de)  
Rechte für elektronische Presspiegel unter: [www.pressemonitor.de](http://www.pressemonitor.de)

**iW.KÖLN.WISSEN**  
SCHAFFT KOMPETENZ.